

Kitas: Geplante Diskriminierung von Inländern

Grenzgänger sollen gemäss Gesetzesentwurf der Regierung neu einen Anspruch auf Unterstützung zur Fremdbetreuung ihrer Kinder aus der Familienausgleichskasse erhalten. Jedoch nicht alleinstehende liechtensteinische Mütter, die zwar in Liechtenstein wohnen, aber zurzeit in der Schweiz arbeiten (kein Einzelfall, ca. 1800 Inländer pendeln in die Schweiz). Gemäss Vernehmlassung können neu auch Kitas von Firmen Betreuungsgelder erhalten, ideal für Grenzgänger mit Kindern. Ebenfalls kein Betreuungsgeld soll es für Tagesmüt-

ter, Hütedienste, Spielgruppen oder Betreuungspersonen geben, obwohl sie vorwiegend Kinder aus Liechtenstein betreuen. Generell auch nichts für in Liechtenstein wohnhafte Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen. Fairer wäre ein gerechtere Verteilung. Nur noch 29,5 % der in Liechtenstein Beschäftigten sind noch Liechtensteiner. Mit Betreuungsgeldern an alle im Inland Beschäftigten wird es sich wie mit den Geburtszulagen verhalten. Im Jahr 2014 wurden für Kinder im Ausland 1,52 Mio., für Kinder in Liechtenstein lediglich 0,78 Mio. bezahlt. Viel wichtiger

wäre, die Leistungen der Familien im Inland zu honorieren, welche den Fortbestand der nächsten Generation sichern, statt ausländische Familien zu unterstützen. Bei unseren Familien sparen und den fehlenden Nachwuchs mit Zuwanderung ersetzen, ist der falsche Ansatz. Am Arbeitsplatz sind wir heute schon eine Minderheit. Vielleicht auch bald einmal in unserem Vaterland, wenn liechtensteinische Familien nicht höher geschätzt und besser unterstützt werden.

Eine Stellungnahme von Herbert Elkuch, DU-Landtagsabgeordneter